

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 13 | 01.04.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 122/2022](#)

Änderung der Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die **Einführung des Klimatickets**

### [BGBl II 123/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zur Übertragung der Durchführung von Maßnahmen gemäß dem Bundesgesetz zur **Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen** (COVID-19-Gesetz-Armut, BGBl I Nr 135/2020 idF BGBl I Nr 17/2022) an den Landeshauptmann (Übertragungsverordnung – COVID-19-Unterstützung-Armut 2022)

### [BGBl II 124/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend Basismaßnahmen, die zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird (2. Novelle zur **COVID-19-Basismaßnahmenverordnung**)

### [BGBl II 129/2022](#)

Verordnung der Bundesregierung, mit der die Verordnung der Bundesregierung, mit der Staaten als sichere Herkunftsstaaten festgelegt werden (**Herkunftsstaaten-Verordnung** – HStVO) geändert wird

### [BGBl II 130/2022](#)

Kundmachung der Bundesministerin für Landesverteidigung über die **Aufhebung von Bestimmungen zweier Erlässe der Bundesministerin für Landesverteidigung** durch den Verfassungsgerichtshof

### [BGBl II 131/2022](#)

Kundmachung des Bundesministers für Inneres über die Anpassungen der in § 124 Abs 1 der **Nationalrats-Wahlordnung** 1992, in § 25 Abs 1 des **Bundespräsidentenwahlgesetzes** 1971, in § 85 Abs 1 der **Europawahlordnung**, in § 18 Abs 1 des **Volksabstimmungsgesetzes** 1972 und in § 19 Abs 1 des **Volksbefragungsgesetzes** 1989 festgesetzten Pauschalentschädigungen an die Gemeinden sowie der in den §§ 3 Abs 3 Z 5 und 9 Abs 2 des **Volksbegehrengesetzes** 2018 festgesetzten Geldbeträge

## II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 100 v 28.03.2022, 54](#)

Beschluss (EU) 2022/492 des Europäischen Rates vom 24. März 2022 zur **Wahl des Präsidenten des Europäischen Rates**

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

01.03.2022, [E 78/2022](#)

**GlücksspielG**; Verletzung im Recht auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch Entscheidung eines LVwG entgegen der **Sperrwirkung** eines vom VwGH gefassten Beschlusses gem §38a VwGG betreffend die Verhängung von Geldstrafen nach dem GlücksspielG; Verletzung der Sperrwirkung durch die Entscheidung vor Kundmachung der Rechtsanschauung des Verwaltungsgerichtshofes trotz Klärung der Rechtsfragen durch den EuGH

01.03.2022, [E 365/2022](#)

**GlücksspielG**; Verletzung im Recht auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** durch Entscheidung eines LVwG entgegen der **Sperrwirkung** eines vom VwGH gefassten Beschlusses gem §38a VwGG betreffend die Verhängung von Geldstrafen nach dem GlücksspielG; Verletzung der Sperrwirkung durch die Entscheidung vor Kundmachung der Rechtsanschauung des Verwaltungsgerichtshofes trotz Klärung von Rechtsfragen durch den EuGH

01.03.2022, [E 3009/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich äußerst rasch ändernden Situation betreffend die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung und ihren Truppen; mangelhafte Prüfung der laufenden Entwicklung bei extremer Volatilität der Sicherheitslage auch in Orten der innerstaatlichen Fluchtalternative; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten

01.03.2022, [E 3857/2021 ua](#)

**Niederlassungs- und AufenthaltsG**; Verletzung im Recht auf **Achtung des Privat- und Familienlebens** betreffend zwei minderjährige Staatsangehörige von Serbien im Verfahren auf Erteilung von **Aufenthaltstiteln** nach Ablauf des visumfreien Aufenthalts; keine hinreichende Auseinandersetzung mit den Gründen für die Inlandsantragstellung und der Situation in Österreich und im Herkunftsstaat

01.03.2022, [E 4181/2021](#)

**AsylG**; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **Asylberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan mangels Auseinandersetzung mit dem – insb in der Beschwerdeverhandlung – vorgebrachten Fluchtvorbringen

03.03.2022, [G 231/2021](#)

**2. COVID-19-ÖffnungsVO**; Abweisung eines Antrags der gegen die **Zugangsregelung für Betriebsstätten der Nachtgastronomie** gerichtet war; keine Verstoß gegen **Gleichheitsgrundsatz**; Gesundheitsminister hat nachvollziehbar dargelegt, dass innerhalb von Betriebsstätten der Nachtgastronomie epidemiologisch besonders ungünstige Verhältnisse herrschen; keine unsachliche **Differenzierung**, wenn der Gesundheitsminister angesichts der im Verordnungsakt dokumentierten epidemiologischen Situation und der zu diesem Zeitpunkt unsicheren Studienlage hinsichtlich der Transmissionswahrscheinlichkeit von COVID-19 bei Genesenen einen PCR-Test als erforderlich erachtete; zulässig war es auch, dass in diesem Zusammenhang nur der Nachweis eines negativen PCR-Tests – und nicht auch ein negativer Antigentest – den Zutritt verschaffen konnte; Differenzierung entspricht den Unterschieden in der Genauigkeit dieser Tests

07.03.2022, [V 85/2021](#)

**Bgld GemeindeO; Bgld BauO;** kein Verstoß der **Verpflichtung des Eigentümers zur Pflege von Pflanzen** auf seinem Grundstück nach einer **ortspolizeilichen VO** einer burgenländischen Gemeinde; hinreichende Ermittlung der das örtliche Gemeinschaftsleben störenden Missstände im Hinblick auf die – lediglich bestimmte Widmungsarten treffende – Verpflichtung zur Grundstückspflege; keine grundsätzlich abschließende gesetzliche Regelung der Materie zur Beseitigung des kommunalen Missstands ersichtlich

07.03.2022, [V 260/2021](#)

**NÖ RaumordnungsG;** Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch unterschiedliche Festlegung der hinteren **Baufluchtlinie** für ein Grundstück; Bebauungsmöglichkeit an der hinteren Grundstücksgrenze im Gegensatz zur straßenseitigen Bebaubarkeit von in gleicher Lage befindlichen Grundstücken bevorzugt den Liegenschaftseigentümer; keine dem Verordnungsakt entnehmbare Grundlagenforschung hinsichtlich der dadurch entstehenden Einschränkung der unbebauten (Garten-)Fläche

07.03.2022, [G 201/2021 ua](#)

**HeeresgebührenG;** Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch die **Beschränkung der Wohnkostenbeihilfe** nach dem HeeresgebührenG auf Eigentümer, Miteigentümer oder Hauptmieter; Ausschluss von Heimbewohnern oder Personen in Wohngemeinschaften außerhalb des rechtspolitischen Gestaltungsspielraums der Beihilfenregelung; Wohnkostenbeihilfe soll finanziell schwächere Personen unterstützen, insb jüngere Wehrpflichtige verfügen regelmäßig auf Grund ihrer Lebensumstände über keine eigene Wohnung

16.03.2022, [G 359/2021](#)

**EpidemieG;** Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch den **Ausschluss unehelicher Kinder vom gesetzlichen Erbrecht** zum Nachlass der Verwandten des (verstorbenen) Vaters gem einer (historischen) Bestimmung des ABGB; Schlechterstellung unehelicher Kinder gegenüber ehelichen Kindern nicht durch „Rücksicht auf die eheliche Familie“ zu rechtfertigen; **Unsachlichkeit** des generellen – selbst gegenüber dem Heimfallsrecht des Staates – Ausschlusses des gesetzlichen Erbrechts

17.03.2022, [V 294/2021](#)

**5. COVID-19-SchutzmaßnahmenVO;** Abweisung eines Antrags der gegen **Ausgangsbeschränkung** sowie **Betretungs- und Einlassbeschränkungen** für Personen ohne 2G-Nachweis gerichtet war; Gesundheitsminister konnte vertretbarerweise annehmen, dass Ausgangsbeschränkung für nicht immunisierte Personen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und der Überlastung des Gesundheitssystems geeignet war; zahlreiche Ausnahmen im Hinblick auf Grundrecht auf Privat- und Familienleben; Ausgangsregelung in Gesamtbetrachtung verhältnismäßig; keine Bedenken gegen die Betretungs- und Einlassbeschränkungen, für Personen ohne 2G-Nachweis; keine Verstoß gegen **Gleichheitsgrundsatz**; Ungleichbehandlung beruhte auf wissenschaftlich vertretbaren Annahmen über wesentliche Unterschiede in Bezug auf Weiterverbreitung von COVID-19

17.03.2022, [V 531/2020](#)

**StVO;** Gesetzwidrigkeit der VO einer Tir Gemeinde betreffend eine **Fußgängerzone** mangels (Nachweises) der nach einer Bestimmung der StVO erforderlichen **Anhörung** der gesetzlichen Interessenvertretung der ansässigen Berufsgruppen

## **B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF**

16.11.2021, [Ra 2021/03/0114](#)

**WaffenG;** ein Bedarf zum Führen von Schusswaffen wird entweder durch eine besondere Gefahrenlage oder durch die Zugehörigkeit zu einer der im WaffenG genannten Berufsgruppen begründet; kann ein Bedarf zum Führen von Schusswaffen nicht nachgewiesen werden, liegt die **Ausstellung eines Waffenpasses** im Ermessen der Behörde; eine positive **Ermessensentscheidung** setzt voraus, dass private Interessen am Führen einer Schusswaffe bestehen, die einem Bedarf nahekommen und dass das öffentliche Interesse an der Abwehr der mit einem Waffengebrauch verbundenen Gefahren nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt wird; allein die Zugehörigkeit zum Jagdkommando begründet weder einen besonderen Bedarf noch einen entscheidenden Gesichtspunkt bei der Ermessensentscheidung

07.02.2022, [Ro 2021/04/0019](#)

**GewO**; kein **Revisionsrecht der Arbeiterkammer** bei Verfahren über die **Entziehung der Gewerbeberechtigung** für die **Überlassung von Arbeitskräften**; zwar ist die Arbeiterkammer gem § 135 Abs 6 GewO berechtigt, die Entziehung der Gewerbeberechtigung „Überlassung von Arbeitskräften“ zu beantragen, ein Gutachten an die Behörde abzugeben und eine Beschwerde zu erheben; der Arbeiterkammer Wien wurde in § 135 Abs 6 leg cit jedoch kein subjektives Recht auf Entziehung einer Gewerbeberechtigung eingeräumt; aus dem Bestehen einzelner Parteirechte kann nicht auf die Einräumung von subjektiven Rechten geschlossen werden

10.02.2022, [Ra 2021/03/0068 bis 0078](#)

**ORF-G**; zur Beurteilung der **Ausgewogenheit des ORF-Radioprogramms** ist eine Betrachtung des gesamten Radioprogramms und nicht bloß einzelner Radiosender vorzunehmen; aufgrund der Unterschiede zwischen Fernsehen und Radio sind das Fernsehprogramm und das Radioprogramm des ORF getrennt zu betrachten und auf ihre jeweilige Eigenheiten Bedacht zu nehmen; der Umstand, dass mehr als die Hälfte des Radioprogramms der Unterhaltung zuzuordnen ist, reicht nicht aus, um von einem unangemessenen Verhältnis der Kategorien auszugehen; es kommt nicht auf eine bestimmte rechnerische Größe an; aus dem ORF-G ergibt sich weder ein Mindestwortanteil noch die Verpflichtung zur Aufnahme bestimmter Sendungen ins Radioprogramm

24.02.2022, [Ro 2020/05/0018](#)

**Oö ROG; VwGVG**; im Fall einer Beschwerdeentscheidung und eines darauffolgenden Vorlageantrags richtet sich die Beschwerde zwar nur gegen den Ausgangsbescheid und nicht gegen die Beschwerdeentscheidung; iSd § 14 Abs 1 VwGVG aufgehoben, abgeändert oder bestätigt werden kann aber nur die idR an die Stelle des Ausgangsbescheids getretene Beschwerdeentscheidung; mit der ex-nunc wirkenden **Zurückziehung der (einzig) Beschwerde** hat das VwG seine Zuständigkeit zur Entscheidung über die Beschwerde verloren; die Beschwerdeentscheidung wird aufgrund der Zurückziehung der Beschwerde rechtskräftig

24.02.2022, [Ra 2020/05/0231](#)

**AbfallwirtschaftsG**; 48 Abs 4 Z 3 AbfallwirtschaftsG regelt zwar nicht selbst, unter welchen Voraussetzungen die Behörde eine Deponieaufsicht zu bestellen hat oder wann sie von der Möglichkeit der Eigenkontrolle Gebrauch machen kann; sie ist aber deswegen nicht völlig ungebunden; ihre Entscheidung ist nach den für die Ermessensübung allgemein geltenden Grundsätzen zu treffen; ein **subjektives Recht** auf Nichtbestellung oder **Abberufung einer Deponieaufsicht** und Eigenkontrolle durch die Behörde wird mit der Einräumung von Ermessen an die Behörde aber nicht ausgedrückt; da § 48 Abs 4 Z 3 leg cit dem Inhaber einer vereinfachten Bodenaushubdeponie kein subjektives Recht auf Abberufung der Deponieaufsicht und Eigenkontrolle durch die Behörde einräumt, kommt dem Deponieinhaber auch kein diesbezügliches Antragsrecht zu

01.03.2022, [Ra 2019/04/0139](#)

**BundesvergabeG**; das Erfordernis der **Transparenz der Markterkundung** und der Gleichbehandlung der Bieter durch den Auftraggeber verlangt nicht nur die **Offenlegung** der – aus der Sicht des Auftraggebers – relevanten Ergebnisse der Markterkundung in Form einer Verwertung derselben in der Ausschreibung, sondern auch die Offenlegung der die Durchführung des Vergabeverfahrens beeinflussenden Informationsflüsse im Zuge der erlaubten Markterkundung vom Auftraggeber an die in die Marktsondierung involvierten Unternehmen und umgekehrt

## **C. VERWALTUNGSGERICHTE**

**BVwG 17.02.2022, [L517 2245437-1](#)**

**ArbeitslosenversicherungsG**; durch die **Weigerung** gegenüber dem potentiellen Dienstgeber, eine **FFP2-Maske zu tragen**, wird in Kauf genommen, dass das Beschäftigungsverhältnis nicht zustande kommt; wenn daher die Chancen für das Zustandekommen eines Beschäftigungsverhältnisses aufgrund der Vereitelungshandlung jedenfalls verringert werden, ist Kausalität gegeben; es kommt somit nach § 10 ArbeitslosenversicherungsG zum **temporären Verlust des Arbeitslosengelds** bzw der Notstandshilfe

LVwG OÖ 15.02.2022, [LVwG-701554](#)

**VStG**; die **telefonische Erhebung eines Einspruchs** ist seit der Novellierung des § 13 AVG durch BGBl I 2008/5 unzulässig, zumal der Gesetzgeber im Gegensatz zur vorherigen Rechtslage ausdrücklich zwischen mündlichen und telefonischen Anbringen unterscheidet

LVwG NÖ 17.03.2022, [LVwG-AV-71/001-2022](#)

**EpidemieG**; § 32 Abs 3 EpidemieG liegt zugrunde, dass der dem Arbeitnehmer gebührende **Vergütungsbetrag** vom Arbeitgeber an den für die Zahlung des Entgelts im Betrieb üblichen Terminen ausbezahlt ist und der Anspruch auf Vergütung gegenüber dem Bund mit dem Zeitpunkt der Auszahlung auf den Arbeitgeber übergeht; die **Absonderung** durch eine (inländische) Behörde bedingt einen rein innerstaatlichen Sachverhalt; ist die Auszahlung durch die Arbeitgeberin erfolgt, ist der Rechtsübergang eingetreten und kann dahingestellt bleiben, ob die (hier: deutsche) Arbeitgeberin dazu verpflichtet war oder nicht, dies auch im Hinblick darauf, dass die Vergütung nach dem leg cit andere Entgeltfortzahlungsansprüche verdrängt und bei einer Absonderung nach § 32 Abs 3 leg cit jedenfalls ein **Verdienstentgang** eintritt

LVwG Wien 27.01.2022, [VGW-102/013/5370/2021](#)

**VersammlungsG**; die **Einkesselung** einer zwar nicht angemeldeten, aber auch noch nicht aufgelösten Demonstration, ist nur sehr ausnahmsweise mit dem Recht auf **Versammlungsfreiheit** vereinbar; nämlich dann, wenn eine Auflösung aus nachvollziehbaren Gründen nicht möglich war oder schwerwiegende Straftaten verübt wurden, welche eine Identitätsfeststellung erforderlich machen

LVwG Wien 07.03.2022, [VGW-151/090/16116/2021](#)

**Niederlassungs- und AufenthaltsG**; auch wenn in § 5 Abs 1 SchulunterrichtsG für Berufstätige, Kollegs und Vorbereitungslehrgänge der Begriff „ordentlicher Studierender“ verwendet wird, ist aufgrund der Eigenschaft einer Bundeshandelsakademie bzw Bundeshandelschule als öffentliche Schule iSd § 63 Abs 1 Z 1 Niederlassungs- und AufenthaltsG für die Ausbildung an einem Abendkolleg ausschließlich ein Anknüpfungspunkt zu § 63 leg cit gegeben, weshalb nur die **Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung Schüler** gem § 63 leg cit infrage kommt; die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung als Student kommt wegen der taxativen Aufzählung in § 64 Abs 1 leg cit, unter die sich der Besuch einer Bundeshandelsakademie bzw Bundeshandelschule – auch iRe Abendkollegs für Studierende – nicht subsumieren lässt, nicht infrage

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

[31.03.2022, Rs C-139/20, Kommission/ Polen \(Taxation des produits énergétiques\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – **Besteuerung** der von energieintensiven Betrieben verwendeten **Energieerzeugnisse** – Richtlinie 2003/96/EG – Art 17 Abs 1 Buchst b und Abs 4 – Dem **EU-Emissionshandelssystem** unterliegende **Betriebe** – Befreiung von der Verbrauchsteuer

[31.03.2022, Rs C-472/20, Lombard Lizing](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln – **Darlehensverträge** – Auf **Fremdwährung** lautender, in nationaler Währung zu tilgender Kredit – Vertragsklausel, bei der das **Wechselkursrisiko** auf den **Verbraucher** abgewälzt wird – Missbräuchlichkeit einer Klausel, die sich auf den Hauptgegenstand des Vertrags bezieht – Wirkungen – Nichtigkeit des Vertrags – Schwerer Schaden für den Verbraucher – Praktische Wirksamkeit der Richtlinie 93/13 – Unverbindliche Stellungnahme eines Obersten Gerichtshofs – Möglichkeit, die Parteien in die Lage zu versetzen, in der sie sich ohne den Vertragsabschluss befunden hätten

[31.03.2022, Rs C-96/21, CTS Eventim](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 2011/83/EU – **Widerrufsrecht** bei **Fernabsatz-** und **außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen** – **Ausnahmen** vom Widerrufsrecht – Art 16 Buchst I – Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit Freizeitbetätigungen – Vertrag, der für die Erbringung einen spezifischen Termin

oder Zeitraum vorsieht – Erbringung von Ticketdiensten – Vermittler, der im eigenen Namen, aber für Rechnung des Veranstalters einer Freizeitbetätigung handelt – Risiko in Verbindung mit der Ausübung des Widerrufsrechts

### [31.03.2022, Rs C-195/21, Smetna palata na Republika Bulgaria](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Vergabe öffentlicher Aufträge** – Richtlinie 2014/24/EU – Anwendbarkeit auf einen **rein innerstaatlichen Sachverhalt** – Art 58 Abs 1 und 4 – Auswahlkriterien – Technische und berufliche Leistungsfähigkeit der Bieter – Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Verordnung (EG, Euratom) Nr 2988/95 – Art 8 Abs 3 – Kontrollmaßnahmen – Möglichkeit der zum **Schutz der finanziellen Interessen** der Union berufenen nationalen Behörden, ein Verfahren zur Vergabe eines öffentlichen Auftrags unterschiedlich zu beurteilen

### [31.03.2022, Rs C-231/21, Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl \(Placement d'un demandeur d'asile dans un hôpital psychiatrique\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Dublin-System** – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Art 29 Abs 2 – **Überstellung des Asylbewerbers** in den für die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz zuständigen Mitgliedstaat – **Überstellungsfrist** von sechs Monaten – Möglichkeit zur Verlängerung dieser Frist höchstens auf ein Jahr im Fall einer **Inhaftierung** – Begriff ‚Inhaftierung‘ – Zwangsweise Unterbringung des Asylbewerbers in der psychiatrischen Abteilung eines Krankenhauses mit gerichtlicher Genehmigung

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### [31.03.2022, Rs C-473/20, INVEST FUND MANAGEMENT \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Märkte für Finanzinstrumente – Richtlinie 2009/65/EG zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (**OGAW**) – Art 72 – **Angaben** von wesentlicher Bedeutung im **Prospekt**, die auf dem **neuesten Stand** gehalten werden müssen – Art 99a Buchst r – Finanzielle Sanktionen

### [31.03.2022, Rs C-720/20, Uniqa Versicherungen \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Europäisches Mahnverfahren – Verordnung (EG) Nr 1896/2006 – Einspruch – Art 16 Abs 2 – **30-Tage-Frist** für die **Versendung** eines **Einspruchs** gegen den **Europäischen Zahlungsbefehl** – Art 20 – Überprüfung in Ausnahmefällen nach Ablauf der Frist gemäß Art 16 Abs 2 – Art 26 – Verhältnis zum nationalen Prozessrecht – Nationale Rechtsvorschriften über Maßnahmen im Zusammenhang mit **COVID-19**, wonach alle **verfahrensrechtlichen Fristen** in **bürgerlichen Rechtssachen** vom 21. März 2020 bis zum 30. April 2020 **unterbrochen** werden

### [31.03.2022, Rs C-45/21, Banka Slovenije \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – Stabilität des Finanzsystems – Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten im öffentlichen Interesse – Europäisches System der Zentralbanken (**ESZB**) – Nationale Zentralbank (NZB) als Abwicklungsbehörde – **Herabschreibung und Löschung** von **Kapitalinstrumenten** im Rahmen der hoheitlichen Sanierung oder Abwicklung eines Kreditinstituts – „No creditor worse off“-Grundsatz – Haftung der NZB – Entschädigung der betroffenen Anteilseigner und Gläubiger durch die NZB – Art 123 AEUV – Verbot der monetären Staatsfinanzierung – Verordnung (EG) Nr 3603/93 – Art 130 AEUV – Grundsatz der **Unabhängigkeit der Zentralbanken** – Veröffentlichung und Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit der Abwicklung eines Kreditinstituts in den Jahren 2013 und 2014 – Richtlinien 2006/48/EG und 2013/36/EG – Sachliche Anwendbarkeit

### [31.03.2022, Rs C-77/21, Digi \(GA Pikamäe\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen Schutz natürlicher Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** Verordnung (EU) 2016/679 Art 5 Abs 1 Buchst b und e **Grundsatz der Zweckbindung** Grundsatz der Speicherbegrenzung Rechtmäßig erhobene und gespeicherte personenbezogene Daten von Kunden Einrichtung einer weiteren spezifischen internen Datenbank nach einer technischen Störung Nachträgliche Überprüfung der Zwecke der Verarbeitung Doppelte Zweckbindung Fehlende Identität der Zwecke der Verarbeitung mit den Zwecken der Datenerhebung Vereinbarkeit der Verarbeitung mit den Zwecken der Erhebung Art 6 Abs 4 **Keine Löschung** der **Datenbank** nach Behebung der **technischen Störung** Erreichung der Zwecke der Verarbeitung

## C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

## V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

24.03.2022, Beschwerde Nr [5386/10](#), *Zayidov / Aserbaidshan*

**Verletzung** von **Art 10 EMRK** (Freiheit der Meinungsäußerung), **Verletzung** von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren), Beschlagnahme und Vernichtung eines Buchmanuskripts, das Bf (Journalist) in Haft geschrieben hat, Rechtsgrundlage unzureichend vorhersehbar und ohne Garantien gegen willkürliche Entscheidungen, mangelhaftes Schadensersatzverfahren, keine Anwesenheit des Bf bei den Anhörungen, Verweigerung der Ladung zusätzlicher Zeugen, Entscheidungen unzureichend begründet.

24.03.2022, Beschwerde Nr [29775/18](#) ua, *C.E. ua / Frankreich*

**Keine Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens), Ablehnung eines Antrages auf Volladoption, keine Anerkennung eines Eltern-Kind-Verhältnisses zwischen einem Kind und des ehem. Partners der leiblichen Mutter, andere Rechtsinstrumente zur Anerkennung vorhanden, Wohl des Kindes vorrangig, Staat hat im Rahmen des Ermessensspielraumes gehandelt.

29.03.2022, Beschwerde Nr [49341/18](#) ua, *Nuh Uzun ua / Türkei*

**Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens), Speicherung und Scannen der Privatkorrespondenz von Häftlingen im Computersystem des Nationalen Justiziellen Netzes nicht gesetzlich vorgesehen, unveröffentlichte interne Dokumente.

## VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

### A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl I 12/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, <a href="#">BGBl I 16/2020</a> : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	<i>unverändert</i>
3. COVID-19-Gesetz, <a href="#">BGBl I 23/2020</a> : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	<i>unverändert</i>
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 104/2020</a> , ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, <a href="#">BGBl I 138/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	<i>unverändert</i>
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 23/2021</a> , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	<i>unverändert</i>
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 33/2021</a> , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	<i>unverändert</i>
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 82/2021</a> , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 90/2021</a> , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	<i>unverändert</i>
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 100/2021</a> , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	<i>unverändert</i>
105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 105/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	29.06.2021	31.12.2021

143. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 143/2021</a> , ausgegeben am 26.07.2021	27.07.2021	<i>unverändert</i>
183. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl I 183/2021</a> , ausgegeben am 22.10.2021	23.10.2021	30.06.2022
204. Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl I 204/2021</a> , ausgegeben am 13.12.2021	14.12.2021	<i>unverändert</i>
255. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <a href="#">BGBl. I Nr. 255/2021</a> , ausgegeben am 31.12.2021	01.01.2022	<i>unverändert</i>
6. Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Maßnahmengesetz und das Epidemiegesetz 1950 geändert werden, <a href="#">BGBl. I Nr. 6/2022</a> , ausgegeben am 04.02.2022	05.02.2022	<i>unverändert</i> (§ 9 Abs.3 tritt mit 05.02.2022 außer Kraft)

## **B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19**

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <a href="#">BGBl II 96/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020  VfGH:  <a href="#">BGBl II 184/2021</a> : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021  <a href="#">BGBl II 501/2021</a> : VfGH: § 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 30.11.2021	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020  § 3 ab 17.03.2020	22.3.2020
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 110/2020</a> , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, <a href="#">BGBl II 112/2020</a> , ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 130/2020</a> , ausgegeben am 02.04.2020  VfGH:  <a href="#">BGBl II 486/2020</a> : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	03.04.2020  §4 mit 04.04.2020	§§1-3 13.04.2020  §4 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <a href="#">BGBl II 151/2020</a> , ausgegeben am 09.04.2020  VfGH:  <a href="#">BGBl II 340/2020</a> : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020  <a href="#">BGBl. II Nr. 487/2020</a> : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020  §4 mit Ablauf des 30.04.2020

162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, <a href="#">BGBl II 162/2020</a> , ausgegeben am 18.04.2020	19.04.2020  § 2 Z 24 ab 20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

### **C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG**

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <a href="#">BGBl II 98/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020  VfGH:  <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	16.03.2020	22.03.2020
107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 107/2020</a> , ausgegeben am 19.03.2020  VfGH:  <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	<i>unverändert</i>
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 108/2020</a> , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020)  VfGH:  <a href="#">BGBl II 351/2020</a> : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020	20.03.2020	13.04.2020
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <a href="#">BGBl II 148/2020</a> , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, <a href="#">BGBl II 162/2020</a> , ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	<i>unverändert</i>
→ Gem COVID-19-LockerungsVO <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

### **D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe**

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, <a href="#">BGBl II 97/2020</a> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020
--	------------	------------

## E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl II 152/2020</a> , ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	14.07.2021
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 427/2020</a> , ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	<i>unverändert</i>
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 30/2021</a> , ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	<i>unverändert</i>
60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl II 60/2021</a> , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → <a href="#">BGBl II 95/2021</a> berichtigt <a href="#">BGBl II 60/2021</a> : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“	08.02.2021	<i>unverändert</i>
314. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl. II 314/2021</a> , ausgegeben am 13.07.2021	14.07.2021	23.11.2021
483. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, <a href="#">BGBl II 483/2021</a> , <a href="#">Anlage</a> , ausgegeben am 23.11.2021	24.11.2021	<i>Keine Angabe</i>
2. Verordnung, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl. II Nr. 2/2022</a> , ausgegeben am 03.01.2022	04.01.2022	<i>Keine Angabe</i>
44. Verordnung, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, <a href="#">BGBl. II Nr. 44/2022</a> , ausgegeben am 04.02.2022	05.02.2022	<i>Keine Angabe</i>

## F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

### COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

### COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

<b>COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV</b>		
197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – <b>COVID-19-LV</b> ), <a href="#">BGBl II 197/2020</a> , ausgegeben am 30.04.2020 Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten:	01.05.2020	30.06.2020

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <a href="#">BGBl II 96/2020</a></li> <li>• Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <a href="#">BGBl II 98/2020</a></li> </ul> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBl II 484/2020</a>: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p><a href="#">BGBl II 488/2020</a>: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p><a href="#">BGBl II 492/2020</a>: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020</p> <p><a href="#">BGBl II 318/2021</a>: VfGH § 1 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 15.07.2021</p> <p><a href="#">BGBl II 359/2021</a>: VfGH § 2 Abs 1 Z 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021</p>		
<p>207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, <a href="#">BGBl II 207/2020</a>, ausgegeben am 13.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBl II 485/2020</a>: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p> <p><a href="#">BGBl II 360/2021</a>: VfGH § 6 Abs 2 und 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	15.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>2. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 231/2020</a>, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBl II 485/2020</a>: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p><a href="#">BGBl II 360/2021</a>: VfGH § 6 Abs 7 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	29.05.2020	31.08.2020  § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020
<p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>3. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 239/2020</a>, ausgegeben am 28.05.2020</p>	29.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>4. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 246/2020</a>, ausgegeben am 29.05.2020</p>	30.05.2020	<i>unverändert</i>
<p>266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>5. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 266/2020</a>, ausgegeben am 13.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBl II 146/2021</a>: VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p>	15.06.2020	<i>unverändert</i>
<p>287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>6. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 287/2020</a>, ausgegeben am 29.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p><a href="#">BGBl II 358/2021</a>: VfGH § 6 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021</p>	01.07.2020	31.12.2020
<p>299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (<b>7. COVID-19-LV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 299/2020</a>, ausgegeben am 02.07.2020</p>	03.07.2020	<i>unverändert</i>

332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>8. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 332/2020</a> , ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	<i>unverändert</i>
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>9. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 342/2020</a> , ausgegeben am 29.07.2020 VfGH: <a href="#">BGBl II 146/2021</a> : VfGH § 4 Abs 2 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021	30.07.2020	<i>unverändert</i>
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>10. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 398/2020</a> , ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	<i>unverändert</i>
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird ( <b>11. COVID-19-LV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 407/2020</a> , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i>	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft
<b>Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV</b>		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>1. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 412/2020</a> , ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	„§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>2. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 446/2020</a> , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden</i>	16.10.2020 § 10c 14.11.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>3. COVID-19-MV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 455/2020</a> , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft. § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft. <a href="#">BGBl II 11/2022</a>: VfGH: § 6 Abs. 1a, 1b und 3a für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 14.01.2022</i>	25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020 §§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft
456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-	07.11.2020	Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits <b>ab</b>

<p>Maßnahmenverordnung geändert wird (<b>4. COVID-19-MV-Novelle</b>), <a href="#">BGBl II 456/2020</a>, ausgegeben am 22.10.2020</p> <p><i>Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber <b>nicht</b> wieder in Kraft.</i></p>		03.11.2020 außer Kraft.
<b>COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV</b>		
<p>463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 463/2020</a>, ausgegeben am 01.11.2020</p> <p><i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.</i></p>	03.11.2020	<del>30.11.2020</del> § 2 12.11.2020 <b>Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)</b>
<p>472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, <a href="#">BGBl II 472/2020</a>, ausgegeben am 10.11.2020</p>	11.11.2020	
<p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), <a href="#">BGBl II 476/2020</a>, ausgegeben am 11.11.2020</p>	13.11.2020	§2 22.11.2020
<p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>2. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 544/2020</a>, ausgegeben am 04.12.2020</p>	07.12.2020	<del>23.12.2020</del> § 2 16.12.2020 16.12.2020 (lt 566/2020)
<p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 566/2020</a>, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum <u>18. Dezember 2020</u> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und</li> <li>2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts &gt;30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht.</li> </ol> <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung.</li> </ol>	17.12.2020  §§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020	<del>26.12.2020</del>  § 4 (3) Z 3 <b>mit</b> 24.12.2020 außer Kraft

<p>2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung.</p>		
<p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-SchuMaV</b>), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, <a href="#">BGBl II 598/2020</a>, ausgegeben am 22.12.2020</p> <p>VfGH: <a href="#">BGBl II Nr. 361/2021</a>: VfGH die Wortfolge "mit höchstens 50 Personen" in § 12 Abs. 1 Z 7 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p>	<p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p>	<p>25.12.2020</p>
<p>58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 58/2021</a>, ausgegeben am 05.02.2021</p>	<p>08.02.2021</p>	<p>17.02.2021</p>
<p>76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 76/2021</a>, ausgegeben am 17.02.2021</p>	<p>18.02.2021</p>	<p>27.02.2021</p>
<p>94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 94/2021</a>, ausgegeben am 25.02.2021</p>	<p>28.02.2021</p>	<p>09.03.2021</p>
<p>105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 105/2021</a>, ausgegeben am 08.03.2020</p>	<p>10.03.2021</p>	<p>14.03.2021</p>
<p>111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II 111/2021</a>, ausgegeben am 12.03.2021</p>	<p>15.03.2021</p> <p>§ 6 (8) mit 01.04.2021</p>	<p>11.04.2021</p> <p><del>§ 2 mit Ablauf des 24.03.2021</del></p>
<p>120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl. II 120/2021</a>, ausgegeben am 23.03.2021</p>	<p>25.03.2021</p>	<p><i>unverändert</i></p> <p>§2 mit Ablauf des 03.04.2021</p>
<p>139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II Nr. 139/2021</a>, ausgegeben am 30.03.2021</p>	<p>01.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des 10.04.2021</p> <p>§25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgl.), 10.04.2021 (Wien)</p>
<p>147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (<b>7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b>), <a href="#">BGBl II Nr. 147/2021</a>, ausgegeben am 06.04.2021</p>	<p>07.04.2021</p>	<p>25.04.2021</p> <p>§2 mit Ablauf des</p>

		16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 162/2021</a> , ausgegeben am 09.04.2021	11.04.2021	<i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021
171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 171/2021</a> , ausgegeben am 16.04.2021	19.04.2021	02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021
181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 181/2021</a> , ausgegeben am 23.04.2021  Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021	26.04.2021	05.05.2021 <del>§2 mit Ablauf des 28.04.2021</del> §25 mit Ablauf des 02.05.2021
206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 206/2021</a> , ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird ( <b>12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 221/2021</a> , ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	<i>unverändert</i>
465. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>5. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 465/2021</a> , ausgegeben am 14.11.2021  <b>Mit Inkrafttreten der Verordnung BGBl II 475/2021 tritt die 5. COVID-19 SchuMaV außer Kraft</b>	15.11.2021	21.11.2021 (lt. BGBl II 475/2021) <del>24.11.2021</del>
467. Verordnung, mit der die 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (5. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>1. Novelle zur 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 467/2021</a> , ausgegeben am 15.11.2021	16.11.2021	<i>unverändert</i>
537. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – <b>6. COVID-19-SchuMaV</b> ), <a href="#">BGBl II 537/2021</a> , ausgegeben am 10.12.2021	12.12.2021	<del>21.12.2021</del> 31.12.2021 (lt. BGBl II 568/2021)

		10.01.2022 (lt. BGBl. II 601/2021) 20.01.2022 (lt. BGBl. II 6/2022) 30.01.2022 (lt. BGBl. II 24/2022)
556. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>1. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 556/2021</a> , ausgegeben am 16.12.2021	17.12.2021	§21 Abs. 13 mit 17.12.2021 <i>Rest: unverändert</i>
568. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>2. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 568/2021</a> , ausgegeben am 20.12.2021 <i>Manche §§ sind am 24., 25., 26. und 31. Dezember 2021 nicht anzuwenden.</i>	22.12.2021	31.12.2021
588. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>3. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 588/2021</a> , ausgegeben am 23.12.2021	27.12.2021	<i>unverändert</i>
601. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>4. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 601/2021</a> , ausgegeben am 30.12.2021	§ 25 Abs. 1 und 7 ab 01.01.2022 § 2, § 3 Abs. 4, § 14 Abs. 2 Z 1a lit. c sowie § 21 Abs. 7 und 7a ab 03.01.2022	10.01.2022
602. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>5. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 602/2021</a> , ausgegeben am 30.12.2021	02.01.2022	<i>unverändert</i>
6. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>6. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 6/2022</a> , ausgegeben am 10.01.2022	11.01.2022	20.01.2022
24. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird ( <b>7. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 24/2022</a> , ausgegeben am 20.01.2022	21.01.2022	30.01.2022
<b>COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV</b>		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 479/2020</a> , ausgegeben am 15.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i>	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird ( <b>1. COVID-19-NotMV-Novelle</b> ), <a href="#">BGBl II 528/2020</a> , ausgegeben am	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020

25.11.2020		
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>2. COVID-19-NotMV</b> ), erlassen wird, <a href="#">BGBl II 598/2020</a> , ausgegeben am 22.12.2020  <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i>	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl II 2/2021</a> , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl II 17/2021</a> , ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>3. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 27/2021</a> , ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>4. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 49/2021</a> , ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021
475. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – <b>5. COVID-19-NotMV</b> ), <a href="#">BGBl II 475/2021</a> , ausgegeben am 21.11.2021	22.11.2021	<del>04.12.2021</del> 11.12.2021 (lt. BGBl II 511/2021)
511. Verordnung, mit der die 5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung (5. COVID-19-NotMV) geändert wird ( <b>1. Novelle zur 5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 511/2021</a> , ausgegeben am 01.12.2021	02.12.2021  § 2 Abs. 2 Z 1 mit 06.12.2021	11.12.2021  § 18 Abs. 11 mit 06.12.2021

## G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

214. Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – <b>COVID-19-ÖV</b> ), <a href="#">BGBl II 214/2021</a> , ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021  <del>§§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021</del> (lt. BGBl. II 247/2021)
214. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 214/2021</a> , ausgegeben am 10.05.2021  <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -&gt; mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i>	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	<i>unverändert</i>

223. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 223/2021</a> , ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	<i>unverändert</i>
242. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 242/2021</a> , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	<i>unverändert</i>
247. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 247/2021</a> , ausgegeben am 02.06.2021	10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021	§ 5 Abs. 1 Z 4 und Abs. 6 zweiter Satz, § 13 Abs. 6 zweiter Satz und § 24 Abs. 1 zweiter Satz mit 10.06.2021
256. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 256/2021</a> , ausgegeben am 09.06.2021	10.06.2021	<i>unverändert</i>

## 2. COVID-19-Öffnungsverordnung

278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie ( <b>2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ) erlassen wird, <a href="#">BGBl II 278/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	01.07.2021	<del>31.08.2021</del> <del>30.09.2021</del> (lt. BGBl II 366/2021) 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)  §§ 12 – 16: <del>28.07.2021</del> <del>19.08.2021</del> (lt. BGBl II 321/2021) <del>17.09.2021</del> (lt. BGBl II 366/2021) 13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)
278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird ( <b>1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 278/2021</a> , ausgegeben am 28.06.2021	22.07.2021	§ 8 Abs. 5 zweiter Satz und § 17 samt Überschrift mit 22.07.2021
321. Verordnung, mit der die Verordnung BGBl. II Nr. 278/2021 und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden ( <b>2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 321/2021</a> , ausgegeben am 16.07.2021	22.07.2021 § 1 Abs. 2 15.08.2021	<i>unverändert</i>
328. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 328/2021</a> , ausgegeben am 20.07.2021	22.07.2021	<i>unverändert</i>
366. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>5. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 366/2021</a> , ausgegeben am 18.08.2021	§ 17 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 20.08.2021	30.09.2021

	§ 9 Abs. 1 und 2, § 19 Abs. 1 Z 1 für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021  für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	
367. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>6. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 367/2021</a>	20.08.2021	<i>unverändert</i>
385. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>7. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 385/2021</a>	für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021  für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021	§ 19 Abs. 1a Z 1 zweiter Satz mit 30.09.2021 außer Kraft  <i>Rest: unverändert</i>
394. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird ( <b>8. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 394/2021</a>  <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV)“</i>	15.09.2021	31.10.2021  § 19 Abs. 3 Z 8 mit 15.09.2021

### **Neuer Name: 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV**

396. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV), geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), <a href="#">BGBl. II 396/2021</a>	15.09.2021	<i>unverändert:</i>  31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021)  <del>§§ 12 – 16:</del>  <del>13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) (lt. BGBl II 429/2021)</del>
429. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>2. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II 429/2021</a> , ausgegeben am 11.10.2021	12.10.2021	<i>unverändert</i>

### **3. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 3. COVID-19-MV**

441. Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, <a href="#">BGBl. II 441/2021</a> , ausgegeben am 25.10.2021	01.11.2021  § 3 Abs. 2 Z 1: 15.11.2021	<b>15.11.2021 (lt. BGBl II 465/2021)</b>  <del>12.12.2021 (lt. BGBl.</del>
--	---	--

<b>Mit Inkrafttreten der Verordnung BGBl II 465/2021 tritt die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung (3. COVID-19-MV) außer Kraft.</b>		II 459/2021) <del>30.11.2021</del> §§ 12 bis 16: <del>05.12.2021</del> (lt. BGBl. II 459/2021) <del>28.11.2021</del> § 19 Abs. 10: 15.11.2021
456. Verordnung, mit der die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird ( <b>1. Novelle zur 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 456/2021</a> , ausgegeben am 02.11.2021	08.11.2021	<i>unverändert</i>
459. Verordnung, mit der die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung (3. COVID-19-MV) und die Verordnung BGBl. II Nr. 456/2021 geändert werden ( <b>2. Novelle zur 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl II 459/2021</a> , ausgegeben am 07.11.2021	§ 3 Abs. 2 Z 2, § 9 Abs. 2, § 10 Abs. 2 bis 4, § 11 Abs. 3 mit 15.11.2021  § 1 Abs. 2 Z 1 lit. a, c und d mit 06.12.2021  Rest mit 08.11.2021	12.12.2021  §§ 12 bis 16 mit 05.12.2021  § 12 Abs. 9 mit 08.11.2021  § 19 Abs. 12 mit 06.12.2021

#### 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 4. COVID-19-MV

34. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, erlassen wird ( <b>4. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 4. COVID-19-MV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 34/2022</a> , ausgegeben am 29.01.2022	31.01.2022	<del>27.02.2022</del> <del>12.03.2022</del> (lt. BGBl. II Nr. 55/2022)  04.03.2022 (lt. BGBl. II Nr. 86/2022)  §§ 13 bis 17: <del>09.02.2022</del> <del>14.02.2022</del> (lt. BGBl. II Nr. 46/2022) <del>21.02.2022</del> (lt. BGBl. II Nr. 55/2022) <del>28.02.2022</del> (lt. BGBl. II Nr. 62/2022) 04.03.2022 (lt. BGBl. II Nr. 71/2022)
34. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird ( <b>1. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 34/2022</a> , ausgegeben am 29.01.2022	01.02.2022	<i>unverändert</i>
38. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden,	01.02.2022	<i>unverändert</i>

geändert wird ( <b>2. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 38/2022</a> , ausgegeben am 31.01.2022		
46. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird ( <b>3. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 46/2022</a> , ausgegeben am 04.02.2022	05.02.2022	§§ 13 bis 17: 14.02.2022  § 20 Abs. 7 Z 3 und § 20 Abs. 12 Z 3 treten mit 05.02.2022 außer Kraft
55. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird ( <b>4. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 55/2022</a> , ausgegeben am 11.02.2022	12.02.2022	12.03.2022  §13 bis 17: 21.02.2022  § 13 Abs. 1 Z 7 mit 12.02.2022 außer Kraft
62. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird ( <b>5. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 62/2022</a> , ausgegeben am 18.02.2022	19.02.2022	<i>Unverändert</i>  §13 bis 17: 28.02.2022  § 20 Abs. 8 und 15 mit 19.02.2022 außer Kraft
71. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird ( <b>6. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 71/2022</a> , ausgegeben am 25.02.2022	26.02.2022	<i>unverändert</i>  §13 bis 17: 04.03.2022

### **COVID-19-Basismaßnahmenverordnung (COVID-19-BMV)**

86. Verordnung betreffend grundlegende Basismaßnahmen, die zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden ( <b>COVID-19-Basismaßnahmenverordnung – COVID-19-BMV</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 86/2022</a> , ausgegeben am 03.03.2022	05.03.2022	<del>02.04.2022</del>  16.04.2022 (lt. BGBl. II Nr. 121/2022)
121. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend grundlegende Basismaßnahmen, die zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird ( <b>1. Novelle zur COVID-19-Basismaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 121/2022</a> , ausgegeben am 23.03.2022	24.03.2022	16.04.2022  § 3 Abs. 5 mit 24.03.2022 außer Kraft
124. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Basismaßnahmen, die zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird ( <b>2. Novelle zur COVID-19-Basismaßnahmenverordnung</b> ), <a href="#">BGBl. II Nr. 124/2022</a> , ausgegeben am 24.03.2022	25.03.2022	<i>unverändert</i>

## H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B1.351) getroffen werden ( <b>COVID-19-Virusvariantenverordnung</b> – COVID-19-VvV), <a href="#">BGBl II 63/2021</a> , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <a href="#">BGBl II 85/2021</a> , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <a href="#">BGBl II 98/2021</a> , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#).

**Hinweis:** Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmegesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren/kündigen](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Annreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Hans Ebner (LL.M.), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, MMag. (FH) Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Mag. Karin Schmid-Küllinger, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.